Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 5: Die Fremdarbeiterfrage

Artikel: Das Fremdarbeiterproblem aus soziologischer Sicht
Autor: Heintz, Peter / Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162303

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Fremdarbeiterproblem aus soziologischer Sicht

PETER HEINTZ UND HANS-JOACHIM HOFFMANN-NOWOTNY

Der strukturelle Bezugsrahmen der Migration

Die in der Schweiz zunehmend als *Problem* empfundene Anwesenheit einer grossen Zahl von Fremdarbeitern kann nicht adäquat analysiert werden, ohne dass dieser Sachverhalt in einen breiteren Bezugsrahmen gestellt wird. Um die Stellung der Fremdarbeiter in der Gesellschaft und die daraus resultierenden sozialen Probleme soziologisch zu erklären, ist es nötig, von der Struktur der internationalen Gesellschaft und den darin ablaufenden Migrationsprozessen auszugehen.

Die internationale Migration, die zu den Erscheinungen führt, die uns in der Schweiz beschäftigen, kann man als Folge der Ausnützung von Entwicklungsgefällen zwischen verschiedenen Nationen betrachten. In der Migrationsforschung hat sich empirisch nachweisen lassen, dass Migrationsströme bestimmte Richtungen einschlagen, die durch zentrale Aspekte der bestehenden Entwicklungsgefälle bestimmt sind. Aus der Tatsache, dass solche Entwicklungsgefälle zwischen den Nationen bestehen und dass sie immer mehr als entscheidende Dimensionen der Weltgesellschaft im Bewusstsein der Mitglieder der nationalen Gesellschaften auftreten, ergeben sich im Prinzip zwei Migrationsrichtungen, nämlich einmal die Migration in Richtung zunehmender Entwicklung und zum anderen die Migration in Richtung abnehmender Entwicklung. Es lassen sich tatsächlich – zum Teil parallel laufende – Migrationen in beiden Richtungen feststellen, wobei allerdings die zuerst genannte, gemessen an der Zahl der Migranten, viel umfangreicher ist als die Migration in umgekehrter Richtung. Dementsprechend pflegt die Migration in Richtung zunehmender Entwicklung im allgemeinen stärker in das Bewusstsein sowohl des Auswanderungs- wie des Einwanderungslandes zu treten, was allerdings nicht als Massstab für die sozialen Konsequenzen der verschiedenen Migrationstypen dienen kann.

Die zwei Migrationstypen führen in den Einwanderungsländern zu im Prinzip konträren Erscheinungen. Die Migration nach oben führt zur *Unterschichtung* der Einwanderungsgesellschaft, mit anderen Worten, die Einwanderer bilden eine neue soziale Schicht unter der Schichtstruktur der Einwanderungsgesellschaft, indem sie zunächst in die untersten Beschäftigungskategorien einströmen. Umgekehrt führt die Migration nach unten, das heisst die Migration in Länder mit geringerem Entwicklungsniveau als dem des Emigrationslandes, zur Überschichtung der aufnehmenden Gesellschaft, da die Emigranten dort jene Berufe ausüben, die zu den höchsten Beschäftigungskategorien gehören.

Die die internationale Migration bestimmenden Gesetzmässigkeiten gelten, wie empirisch festgestellt werden konnte, in nahezu gleicher Weise auch für die interne Migration. Auf die Grösse des Einwanderungs- und Auswanderungskontextes bezogen, sind Wanderungen innerhalb einer nationalen Gesellschaft quantitativ häufig sehr viel umfangreicher als die internationalen Wanderungen. Für die Erklärung dieses Unterschiedes spielt bei der internen Wanderung in Richtung aufsteigender Entwicklung die Tatsache eine Rolle, dass für den internen Migranten sein früherer und tieferer ländlicher Status durch den höheren urbanen Status ersetzt wird. Bei internationalen Wanderungen scheint dieser Faktor weniger ins Gewicht zu fallen.

Nicht alle bestehenden Entwicklungsgefälle innerhalb der internationalen Gesellschaft werden zum Ausgangspunkt von internationalen Migrationen. Es hat sich gezeigt, dass Wanderungen von weniger zu höher entwickelten Gesellschaften vor allem zwischen den relativ hochentwickelten Ländern stattfinden. Dies lässt sich aufgrund der Tatsache erklären, dass Entwicklung verschiedene Dimensionen hat. Die für die Migration relevanten Dimensionen der Entwicklung und die damit verbundenen Spannungen sind bei den unterentwickelten Ländern tendenziell gegenläufig und kompensieren sich damit, wogegen sie bei den höher entwickelten Ländern gleichläufig sind und sich deshalb in ihrer Wirkung auf die Migration gegenseitig verstärken.

Die Abwanderung aus einem gesellschaftlichen Kontext kann aus der Sicht des Soziologen mit Recht als «tension release», das heisst als ein Mechanismus zum Abbau von manifesten Spannungen im Auswanderungskontext, interpretiert werden. Man kann sogar behaupten und empirisch belegen, dass durch die Abwanderung tendenziell der abgebenden Gesellschaft ein politisches Potential entzogen wird, das vermutlich einen Druck in Richtung auf die Entwicklung der eigenen Gesellschaft ausüben würde, wenn eine Abwanderung nicht stattfände. Dieser Druck kann empirisch anhand von Daten über interne Anti-status-quo-Konflikte gemessen werden.

Von der Schweiz aus gesehen interessiert insbesondere die Erscheinung der Unterschichtung durch Einwanderer, die aus Ländern stammen, deren Entwicklungsstand niedriger ist als der der Schweiz. Wir wollen deshalb im folgenden einige soziologisch relevante Aspekte dieser Unterschichtung kurz andeuten.

Wie schon gesagt, unterscheidet sich die *unter*schichtende Migration von der *über*schichtenden am sichtbarsten durch den ungleich grösseren Umfang der ersteren. In einer bevölkerungsmässig relativ kleinen Gesellschaft wie der Schweiz hat die unterschichtende Migration zu einer sehr schnell verlaufenden Bevölkerungsexpansion geführt. Wir haben deshalb zunächst mit dem Auftreten all jener Probleme zu rechnen, die generell mit einer Bevölkerungsexpansion verbunden sind, nur dass diese Probleme einmal durch die hohe Geschwindigkeit der Expansion, zum anderen dadurch verschärft werden, dass die Bevölkerungszunahme nicht auf vermehrten eigenen Geburten, sondern auf der Einwanderung erwachsener Personen fremder Nationalität beruht.

Unterschichtung bedeutet weiterhin die Expansion der aufnehmenden Beschäftigungsstruktur, die begleitet ist von einem der Expansion entsprechenden sozialen Aufstieg einheimischer Arbeitskräfte. Die durch Unterschichtung ermöglichte vertikale Mobilität autochthoner Bevölkerungsteile hat allerdings relativ enge Grenzen, da es im Verlaufe dieses Prozesses tendenziell zu einer relativen Senkung des Ausbildungsniveaus auf den verschiedenen Rängen der Beschäftigungsstruktur kommt. Eine weitere Begleiterscheinung der durch Unterschichtung bewirkten Expansion der untersten Schicht der Beschäftigungsstruktur ist die tendenziell vergleichsweise Verlangsamung der durch technischen Fortschritt erreichbaren Modernisierung der Beschäftigungsstruktur. Eine solche Modernisierung bedeutet soziologisch gesehen eine relative Expansion der mittleren und höheren Beschäftigungsschichten im Vergleich zur unteren Beschäftigungsschicht. Diese beiden Folgen der Modernisierung können in einen Zusammenhang mit der Unterschichtung gestellt werden. Je mehr nämlich die Expansion der Beschäftigungsstruktur vom Aufstieg von Einheimischen begleitet ist, um so weniger wird sie zu einer relativen Verbreiterung der Basis der Beschäftigungsstruktur führen, und umgekehrt. Diese beiden Folgen präsentieren sich also als Alternativen, was nicht ausschliesst, dass gleichzeitig in beschränktem Umfang sowohl Aufstiegsbewegungen von Einheimischen wie auch eine relative Expansion der untersten Beschäftigungsschicht vorkommen.

Die Unterschichtung von Gesellschaften durch Einwanderer ist häufig begleitet von Tendenzen, die man aus soziologischer Sicht als *neofeudal*

zu bezeichnen hat. Solche Tendenzen treten vor allem dann auf, wenn als Folge der Immigration sowohl bei den Einwanderern wie auch bei den Einheimischen Beschäftigungsstatus und ethnische Zugehörigkeit zusammenfallen, das heisst, wenn die nach ihrem Rang geordneten Beschäftigungsrollen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit verteilt werden, und zwar in dem Sinne, dass die höheren in erster Linie den Einheimischen, die tieferen den Einwanderern reserviert sind. Wir kennen aus der jüngsten Geschichte sehr viele Beispiele für eine solche Verbindung zwischen ethnischen Kriterien und Beschäftigungen. Diese Verbindung bedeutet, dass bei diesem Vorgang Kriterien für die Besetzung von Beschäftigungsrollen eingeführt werden, die ihrem Charakter nach nicht auf Leistung oder Fähigkeit zu Leistung, das heisst auf universalistischen Werten beruhen. Wo unter Vernachlässigung universalistischer Kriterien Beschäftigungsrollen zumindest zum Teil aufgrund ethnischer Kriterien verteilt werden, sehen die durch die Einführung ethnischer Kriterien privilegierten Gruppen ihre Position als gefährdet an, weil eine solche Zuteilung nicht der Rationalität der Wirtschaft und der modernen Gesellschaft entspricht.

Die privilegierten Gruppen haben ihr Pendant in den Gruppen, die aufgrund ethnischer Kriterien benachteiligt werden, die deshalb ihre Situation als diskriminierend empfinden und die Verteilung der Beschäftigungsmöglichkeiten als ungerecht ansehen. Aus dieser Konstellation kann sich sehr leicht ein potentielles Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Gruppen ergeben, ein Spannungsverhältnis, das zu Konflikten besonders dort führen wird, wo diese Gruppen unmittelbar in wirtschaftlicher Konkurrenz stehen, wo sie also im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit dieselben konkreten Ziele verfolgen. Daraus erklärt sich auch, weshalb unter bestimmten Umständen, wie insbesondere einem Konjunkturrückgang, sich die Spannungen zwischen diesen Gruppen in der Regel verschärfen.

Die genannten neofeudalen Tendenzen zeigen sich vor allem auch darin, dass die durch ethnische Kriterien, das heisst die Zugehörigkeit zur Einwanderungsgesellschaft, relativ privilegierten Gruppen und diejenigen, die die Situation dieser Gruppen als ein politisches Potential auszunützen versuchen, dazu neigen, die bestehenden kulturellen Unterschiede zwischen Einheimischen und Fremden besonders stark herauszustreichen und sie dann dazu zu benützen, die privilegierte Stellung der einen Gruppe und die unterprivilegierte Stellung der anderen zu rechtfertigen. Wie wir aus der Vorurteilsforschung wissen, braucht eine solche Tendenz keineswegs in realen Unterschieden begründet zu sein. Sie ist vielmehr häufig nur der Ausdruck einer Rationalisierung von Interessenkonflikten.

Die vorstehenden Ausführungen treffen in erster Linie auf eine Situation zu, in der die Einwanderer im Prinzip planen, sich für längere Zeit oder für immer im Einwanderungsland niederzulassen. Dies ist regelmässig dann der

Fall, wenn das Einwanderungsland auf allen relevanten Entwicklungsdimensionen einen Vorsprung vor dem Auswanderungsland aufweist.

Integration als Voraussetzung der Assimilation

Sofern die Migration aber ausschliesslich auf der Ausnützung eines bestehenden rein ökonomischen Entwicklungsgefälles beruht, besteht die Tendenz, dass die Rotation der Einwanderer relativ hoch ist, ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Einwanderungsland also relativ kurz ist. Unter der oben genannten Bedingung ist die Migration allein dadurch motiviert, dass dieselbe Arbeitsleistung im Einwanderungsland besser bezahlt wird als im Auswanderungsland. Das Einwanderungsland hat dann für den Einwanderer nur die Bedeutung eines *Arbeitsplatzes*, was durch die geographische Nähe von Einwanderungs- und Auswanderungsland noch gefördert werden kann. Unter diesen Umständen besteht die oft beobachtete Tendenz, dass die Einwanderer einen erheblichen Teil ihres Einkommens in ihr eigenes Land überweisen. Darin kommt zum Ausdruck, dass sie zunächst nicht daran denken, ständig im Einwanderungsland zu bleiben, sondern vielmehr vorhaben, sich in ihrem eigenen Land auf längere Zeit eine bessere ökonomische Position zu sichern.

In einer solchen Situation sind Bestrebungen zur Assimilation der Einwanderer praktisch zum Scheitern verurteilt, da unter diesen Umständen eine Tendenz zu bloss minimaler (instrumentaler) Integration der Einwanderer in die Gesellschaft des Gastlandes besteht. Das ist nichts anderes als eine Konsequenz der Tatsache, dass der Aufenthalt im Gastland nur die Bedeutung eines Arbeitsplatzes besitzt. In dieser Situation wird eine faktische Diskrimination aufgrund der Anwendung nicht universalistischer ethnischer Kriterien von den davon betroffenen Einwanderern nicht als solche empfunden. Damit hängt auch zusammen, dass die Einwanderer an ihr Gastland kaum Wünsche nach wirtschaftlichem und beruflichem Aufstieg stellen. Erst solche Wünsche oder Ansprüche würden einen höheren Grad an Willen zur Integration in die Gesellschaft des Gastlandes anzeigen, gleichzeitig aber auch zu Konflikten mit den privilegierten Gruppen führen, die mindestens proportional mit dem Grad an Integrationsbereitschaft der Einwanderer zunehmen würden.

Lediglich unter den oben genannten Bedingungen ist also die konfliktfördernde Konkurrenz der Einwanderer mit den Einheimischen minimal. Unter diesen Umständen werden schliesslich auch die nicht ökonomischen Bedürfnisse der Einwanderer häufig durch informelle Gruppen befriedigt, die sich ausschliesslich aus Einwanderern derselben Nation zusammensetzen. Solche Gruppen pflegen oft spezifisch nationale Traditionen, die die

Bindung ihrer Mitglieder an ihr Heimatland erhalten oder sogar noch festigen.

Falls aber die genannten Umstände nicht mehr zutreffen und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Einwanderer verlängert wird, vielleicht deshalb, weil das Einwanderungsland – wie etwa die Schweiz – die Rotation der Fremdarbeiter herabzusetzen versucht, und falls nach wie vor ein Entwicklungsgefälle zu den Auswanderungsländern besteht, tritt die Tendenz auf, dass die Einwanderer danach trachten, ihre *Integration* in das Gastland zu erhöhen. Sie kommen dann in die Lage, ihre eigene Situation mit derjenigen homologer einheimischer Gruppen zu vergleichen, die eventuell faktisch vorhandene Diskrimination wahrzunehmen und unter Umständen dagegen zu protestieren. Ist dies der Fall, so wird dadurch wahrscheinlich auch der Widerstand jener Gruppen von Einheimischen gegen die Ausländer verstärkt, deren Position durch die Einführung ethnischer Kriterien als relativ privilegiert zu bezeichnen ist und die deshalb diese Position auf kürzere oder längere Sicht als gefährdet betrachten müssen. Folglich kann man sagen, dass ein solcher Widerstand wohl nur dadurch vermindert werden könnte, dass die sozioökonomische Position der Mitglieder dieser Gruppen nachträglich aufgrund universalistischer Kriterien legitimiert würde. Dies könnte zum Beispiel dadurch geschehen, dass diese Personen ihren Bildungs- und Ausbildungsstand entsprechend verbessern und damit ihrer höheren Position anpassen.

Man kann sich die Frage stellen, wovon der *Assimilierungsgrad* von Fremdarbeitern abhängt, das heisst inwieweit sie die kulturellen Besonderheiten des Gastlandes übernehmen und sich mit ihnen identifizieren. Zur Beantwortung dieser Frage kann ganz allgemein die Hypothese formuliert werden, dass der Assimilierungsgrad um so höher sein wird, je grösser die objektiven Chancen des Fremdarbeiters sind, an den Werten des Gastlandes effektiv teilzunehmen. Mit anderen Worten: Assimilationsbereitschaft und Assimilation von Einwanderern werden in starkem Masse von der Integrationsbereitschaft des aufnehmenden Landes bestimmt.

Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, dass die eben genannten Chancen auch nicht für alle Einheimischen die gleichen sind, sondern schichtspezifisch variieren. Ein Vergleich der Chancen von Einwanderern und Einheimischen führt deshalb nur dann zu sinnvollen Ergebnissen, wenn er für homologe Gruppen dieser Personenkreise erfolgt.

Hinsichtlich der aus soziologischer Sicht übersteigert erscheinenden Bedeutung, die der Assimilationsfrage häufig zugemessen wird, kann festgestellt werden, dass selbstverständlich schon die erfolgreiche Teilnahme der Einwanderer am Wirtschaftsprozess bedeutet, dass sie die entsprechenden Normen kennen und übernommen haben. Ferner dürfte es klar sein, dass ein Fremdarbeiter vor allem mit der Subkultur der Arbeiterschicht im Gast-

land in Kontakt kommt. Wie wir wissen, hat diese Schicht als solche wiederum ein von Gesellschaft zu Gesellschaft verschiedenes Verhältnis zu dem, was wir als Kultur der Globalgesellschaft bezeichnen könnten. Bei den oben genannten neofeudalen Tendenzen werden aber jeweils gerade jene kulturellen Aspekte des Gastlandes besonders betont, mit denen die Fremdarbeiter wie die einheimische Arbeiterschicht relativ wenig unmittelbaren Kontakt haben, nämlich einerseits die Kultur der Globalgesellschaft und andererseits die Kultur, beziehungsweise Subkultur der in der betreffenden Gesellschaft prädominierenden Schicht, zum Beispiel der Mittel- oder Oberschicht.

Zwei Modelle der Integration von Immigranten

In mehr strukturellen Termini ausgedrückt kann die Integrations- und Assimilationsproblematik durch zwei Modelle beschrieben werden. Einmal kann man sagen, dass die Konsolidierung einer Beschäftigungsstruktur, die durch eine als Folge der Unterschichtung verbreiterte Basis gekennzeichnet ist, um so eher erfolgen kann, je *langsamer* sich der *technisch-wirtschaftliche Fortschritt* vollzieht. Die daraus resultierende Gesellschaft böte der Einwandererschicht nur minimale Aufstiegschancen. Sie wäre gekennzeichnet durch eine sowohl räumliche als auch institutionelle *Segregation* zwischen Einheimischen und Fremden und wäre als neofeudal zu betrachten.

Zum anderen ist zu sagen, dass die Wahrscheinlichkeit des Auftretens neofeudaler Tendenzen um so geringer ist, je *rascher* sich der *technisch-wirtschaftliche Fortschritt* vollzieht. Die damit verbundene Modernisierung der Beschäftigungsstruktur bedeutet eine relative Expansion hochqualifizierter Berufskategorien und neue umfangreiche Aufstiegsmöglichkeiten. Damit sind die Voraussetzungen für eine stärkere Integration der Fremdarbeiter gegeben, da dank der Aufstiegsmöglichkeiten der Widerstand gegen die Integration der Fremdarbeiter bei den Einheimischen gering sein wird.

Diese beiden Modelle repräsentieren extreme Gegensätze, und es ist deshalb zu vermuten, dass sich die gesellschaftliche Wirklichkeit an irgendeinem Ort *zwischen* diesen beiden extremen «Lösungen» einstellen wird. Dies dürfte gerade im Falle der Schweiz auch deshalb der Fall sein, weil das autochthone Bildungs- und Ausbildungspotential schon sehr stark ausgeschöpft ist, was vorläufig verhindern dürfte, dass sich die zweite Lösung tatsächlich voll durchsetzt.

Die erste, neofeudale Lösung erscheint zunächst einmal ideologisch gesehen schwer akzeptierbar zu sein. Sie ist aber auch deshalb wahrscheinlich nicht durchführbar, weil sich die Konstellation, bei der sie sich aufbauen könnte, nur in wenigen Gesellschaften verwirklicht hat, und zwar gerade nicht unter jenen Gesellschaften, die im System der internationalen Gesell-

schaft als potentielle Einwanderungsländer in Frage kommen. Das bedeutet, dass eine neofeudale Lösung in einem Lande von den Fremdarbeitern nicht einfach hingenommen würde, da ihnen andere Auswanderungsmöglichkeiten offen stehen.

Wie gesagt, ist zu vermuten, dass gerade auch in der Schweiz die konkrete Lösung zwischen den beiden Extremen liegen wird. Sollte dies der Fall sein, so heisst dies aufgrund unserer früheren Überlegungen, dass der Prozess der Integration der Fremdarbeiter nur recht langsame Fortschritte machen wird und dass dieser Prozess begleitet sein wird von manifesten *Spannungen* zwischen der Gruppe der relativ integrationswilligen Fremdarbeiter und jener Gruppe der Einheimischen, die ihre Position gefährdet sieht. Selbstverständlich dürfte gerade die Manifestation von Spannungen auch von globalgesellschaftlichen Prozessen abhängig sein, von denen schon die Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunktur genannt worden ist. Aber auch sonst sind die faktischen Möglichkeiten, erworbene Positionen zu legitimieren, von Gruppe zu Gruppe sehr unterschiedlich. Das hängt nicht zuletzt mit der Existenz von beruflichen Fortbildungskursen und ähnlichem für einzelne Berufsgruppen ab. Schliesslich ist noch zu berücksichtigen, dass – wie wir anfangs gesehen haben – die Migration von einem Entwicklungsgefälle abhängt. Das bedeutet, dass die diesbezügliche Relation zwischen verschiedenen Nationen hier äusserst relevant ist. Wenn ein Auswanderungsland nämlich seine relative Position im Verhältnis zum Einwanderungsland verbessert, kommt es generell als Rekrutierungsfeld für Fremdarbeiter weniger in Frage. Darüber hinaus kann es unter dieser Bedingung zu einer erheblichen Rückwanderung von Fremdarbeitern kommen, wenn die Veränderung der genannten Relation und die daraus notwendigerweise resultierenden Konsequenzen für die Integrations- und Fremdenpolitik des Einwanderungslandes nicht rechtzeitig antizipiert werden.